



Thorner Geschichts-Kalender.

5. Juli 1622. Egidius Lichtfuß, Bürgermeister und R. Burggraf, Besitzer von Bayersee, Toporzisko und Gniazdowo stirbt.
1655. Hieronymus Perta wird zum Barbier „vor die Armuth auf einen Versuch angenommen.“
1730. Vermächtniß des Rectors Albinus Kries an das Gymnasium.
1848. Der Preußen-Verein constituirt sich.

Telegraphische Depesche der Thorner Zeitung.

Angekommen 12 Uhr Mittags.

Rom, 3. Juli. Das Concil votirte gestern die Vorrede. Bei dem 1. Kapitel, Entwurf über Primat, Unfehlbarkeit entstand Discussion, die auch beim 4. Kapitel fortgesetzt wurde. Die exaltirten Unfehlbarkeitsanhänger beharren dabei, jede Formvereinbarung zurückzuweisen und beantragten Schluß der Discussion. Bei Nichterfüllung dieses Verlangens dürfte der Wortkampf noch einen Monat dauern.

Tagesbericht vom 4. Juli.

Brüssel, 3. Juli. Der „Moniteur belge“ publicirt die Ernennungen Anethan's zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Cornesse's zum Justizminister, Kervyn's zum Minister des Innern, Lad's zum Finanzminister, Jacob's zum Minister der öffentlichen Arbeiten und Guillaume's zum Kriegsminister.

Paris, 2. Juli. Der gesetzgebende Körper verhandelte in der heutigen Sitzung über die Petition der Prinzen von Orleans. Die Commission beantragt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Gegen den Antrag der Commission und für die Petition sprechen die Abgeordneten Kératry und Estancelin, indem dieselben namentlich hervorhoben, daß die Prinzen sich zu keiner Zeit auf Conspirationen eingelassen hätten. Namens des Ministeriums erwideret Olivier dem Vorredner, daß sociale und politische Gesetze dem Verlangen der Bittsteller entgegenständen. Mitglieder einer gestürzten Dynastie könnten eben nicht in das Vaterland zurückkehren wie einfache Bürger, denn in ihrer Eigenschaft als Erben vergangener

Zur Errichtung einer meteorologischen Station in Thorn.

Bei Gelegenheit des Referats über die letzte Copernicus-Vereins-Sitzung am 27. Juni cr. in Nro. 152 u. Bl. theilten wir mit, daß uns durch die Güte des Vorstandes des besagten Vereins werde die Gelegenheit gegeben werden, unseren geehrten Lesern die auf die Station bezüglichen Schriftstücke veröffentlicht zu können. Wir erfüllen nachstehend unsere Zusage.

1) Antrag des Vorstandes des Copernicus-Vereins an den Director des Statistischen Bureaus, Herrn Geh. Reg.-Rath Dr. Engel in Berlin.

Thorn, den 11. Juni 1870.

Bereits unter dem 24. Juli 1851 und 15. März 1858 stellte das Gesamtpatrat des hiesigen Gymnasiums unter unserer Mitwirkung das Gesuch, hierorts eine meteorologische Station zu errichten. Die darauf ergangenen Bescheide resp. vom 15. August 1851 und 10. Mai 1858 erachteten zwar die Vertlichkeit für die Zwecke des Instituts für ganz angemessen, und die Errichtung überhaupt für sehr wünschenswerth, lehnten indessen wegen Mangels disponibler Fonds dieselbe ab. Nachdem wir nunmehr diese uns lebhaft interessirende Angelegenheit zur nähern Erörterung in unserer letzten Sitzung gezogen haben, glauben wir, daß der Zeitpunkt gekommen ist, um den Antrag von Neuem anzuregen, und daß es, vielleicht unter unserer unmittelbaren Theilnahme, gelingen werde, demselben der Ausführung näher zu bringen.

Wir erlauben uns die Gründe des erneuerten Antrages in der Kürze hervorzuheben, wohlwissend, daß wir dabei nichts wesentlich Neues hinzuzufügen vermögen.

1) Das Stromgebiet der Weichsel umfaßt eine Fläche von 3300 □ Meilen, von welchen 1634 □ Meilen im Hochlande und 1666 □ Meilen im Tieflande belegen sind. Schließt man von demselben den Theil, welcher auf Galizien fällt, woselbst 7 österreichische meteorologische Stationen wirksam sind, aus, so bleibt der überwiegend größere Theil in Russisch-Polen und in der Provinz

Größe könnten sie sich Hoffnungen auf die Zukunft hingeben. Ganz besonders sei auch zu berücksichtigen, daß kein Ausdruck in der Petition eine offene Anerkennung der gegenwärtigen Lage der Dinge in Frankreich in sich schließt. Es sei daher zu befürchten, daß die Rückkehr der Prinzen gewisse Bestrebungen wieder in's Leben rufen und zu lebhaften Agitationen führen würde. Wenn auch die Regierung in keiner Weise eine Gefahr befürchte, so müsse sie doch vor Beunruhigung und Bedrohung der öffentlichen Ordnung auf der Hut sein, da sie die Aufgabe habe, diese Ordnung sicher zu stellen. Jules Favre wendet sich gegen die Ausführungen Olivier's, namentlich soweit es sich um die socialen Gesetze handelt und sagt, es sei einzig und allein ein dynastisches und persönliches Interesse, welches die Aufrechterhaltung der Ausnahms-gesetze veranlasse; er müsse sich gegen die Doctrin erklären, welche eine Familie außerhalb des Gesetzes stelle und namentlich auch das Verbannungsgesetz von 1848 heute entschieden mißbilligen und sein Bedauern aussprechen, daß er damals für dasselbe gestimmt habe. Die Abstimmung erfolgte durch Namensaufruf und wurde die Tagesordnung mit 174 gegen 31 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Provinzial-Landtag.

Sechste Sitzung am 30. Juni.

Der Bericht der Ostpreuß. Landarmen-Direction über die Verwaltung der Taubstummen-Anstalt in Angerburg gab nach Dechargirung der Jahres-Rechnungen pro 1867 und 1868 und Feststellung des Etats für die Jahre 1871 und 1872 auf die Summe von 5513 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf. jährliche Einnahme und Ausgabe nur zu dem besonderen Beschlusse Anlaß, die an der Taubstummen-Anstalt angestellten Lehrer analog den Staatsbeamten von Entrichtung der Pensionsbeiträge vom 1. Januar c. ab, zu entbinden und den bisher angesammelten Lehrer Pensionsfonds bestehend in Staatsschuldscheinen im Nennwerthe von 825 Thlr. dem Ostpreussischen Landarmen-fonds zur Verwendung zu überweisen.

Außerdem wurde eine mit Bezug auf diese Verwaltung angebrachte Petition des Comité's zur Beförderung des Unterrichts und der Erziehung armer Taubstummer des Ermlandes einen Betrag von etwa 500 Thaler jährlich zur Unterhaltung der in Braunsberg bestehenden Taubstummen-Anstalt aus Provinzialfonds herzugeben,

Preußen, meist im Tieflande belegen, — übrig, in einer Größe, welche der von Baiern und Württemberg zusammen-genommen ziemlich gleichkommt.

Da in Polen selbst eine meteorologische Station nicht existirt, — die Stationen Danzig und Gela, als von den Einflüssen der nahen See wesentlich bedingt, füglich nicht für die Witterungsbeobachtungen in der großen Tiefebene maßgebend sein dürften, die andern Stationen in der Nähe — Bromberg und Conitz auch nicht mehr zum Weichselgebiete gehören, so läßt sich mit Grund behaupten, daß dasselbe überhaupt der meteorologischen Untersuchung entbehrt. Das Bedürfnis derselben erscheint daher genugsam dargethan.

2) Die Stadt Thorn, annähernd in der Mitte der Stromlänge der Weichsel, und an derselben belegen, dürfte ein besonders geeigneter Stationsort sein. Die wissenschaftliche Beobachtung des Stromes selbst, in seinem Steigen und Fallen, und in seinen sonstigen Erscheinungen namentlich bei Hochwasser und Eisgang erscheint gewiß auch beachtenswerth; in den Hauptresultaten geschieht solche bereits von Strompolizei wegen. Selbst das öffentliche Interesse an dergl. Beobachtungen hat sich hierorts mehr als anderwärts in nicht geringem Grade fund gegeben. Der Magistrat läßt beispielsweise schon seit Decennien Temperatur und Luftdruck täglich beobachten, und das Resultat in seinen Jahresberichten veröffentlichen. Es ist gewiß sehr wünschenswerth, daß solchen Bestrebungen auch vom Standpunkte der eigentlichen Wissenschaft der geeignete Vorschub gewährt werde.

3.) Eine Schwierigkeit, die Ermittlung der zu den Beobachtungen geeigneten Person, glauben wir erledigen zu können. Der erste wissenschaftliche Lehrer an der hiesigen höhern Mädterschule Hr. Hafenbals, welchen wir mit den Instructionen des Beobachters bekannt gemacht haben, ist bereit den Beruf zu übernehmen, und unser Erachtens auch zu demselben vollkommen geeignet. Er hat seine Wohnung auf der Vorstadt, wo auch die Station zu etabliren sein dürfte. Es erscheint uns dies nothwendig, da die Stadt in ihren durch die Festungsanlagen

mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß es durch Landtagsbeschlus vom 14. October 1857 bereits nachgelassen sei, Kinder katholischer Eltern aus den Kreisen Braunsberg, Heilsberg, Rößel und Allenstein in die katholische Taubstummen-schule in Braunsberg unterzubringen und für dieselben die etatsmäßigen Befestigungs- und Bekleidungskosten aus der Anstalts-Casse zu Angerburg herzugeben, daß irgend weitere Bewilligungen aber nicht für geeignet zu erachten.

Aus dem Hebeammen-Unterstützungs-Fonds sind wie pro 1867 bis 1869, auch pro 1870 und die folgenden Jahre bis zum Zusammentritt des nächsten Landtages für den Regierungsbezirk Marienwerder 3200 Rtl., für Danzig 2100 Rtl., und für Gumbinnen 3000 Rtl. zur Vertheilung an bedürftige Hebeammen durch die königlichen Regierungen überwiesen worden.

Die zur Prämierung der Sparkassen-Interessenten bestimmten Zinsgewinn-Antheile der Provinzial-Hilfs-Casse sind, da nach den angestellten Ermittlungen in der Provinz immer noch 2335 hilfsbedürftige Veteranen aus den Feldzügen von 1806 bis 1815 vorhanden, wie bisher denselben auch noch für das Jahr 1870 und die folgenden Jahre bis zum Zusammentritte des nächsten Provinzial-Landtages zur Unterstützung überwiesen worden.

Schließlich wurde noch eine Petition des Kaufmanns N. Levitas in Lilsit, die Verwandlung der Schatzk. in Finanz-Zölle, den Abschluß eines Handels-Vertrages mit Rußland und die Gleichstellung der Frachtsätze bei den Eisenbahnen der Königl. Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen, durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt, da diese Anträge theils bereits durch das Zollparlament Erledigung gefunden haben, theils mehr Gegenstand der allgemeinen Landesgesetzgebung sind.

Deutschland.

Berlin, d. 3. Juli. Die Ausbildung der nord-deutschen Bundesverfassung in nationaler und freiheitlicher Richtung wäre ganz unmöglich gewesen, wenn die Vertreter der Bundesstaaten im Bundesrathe sämtlich von denselben Prinzipien sich hätten leiten lassen, wie diejenigen Mecklenburgs. Wo es sich um irgend einen Fortschritt handelte, sei es auf nationalem Gebiete oder im Verkehrs- und Justizwesen, wo es galt, den Forderungen der Humanität Rechnung zu tragen, ja selbst wenn nur die einfachsten Konsequenzen der Bundesver-

beschränkten und selbst für Beobachtungen der Art ungeeigneten Räumlichkeiten sich nicht empfehlen dürfte.

4.) Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der früher hervorgehobene Hauptgrund der Nichtgewährung, — der Mangel an Fonds, — inzwischen bei wesentlich veränderten Verhältnissen — seine Erledigung gefunden hat; sollte er noch in dieser oder anderer Beziehung obwalten, so wollen wir wenigstens vorweg unsere Bereitwilligkeit versichern, nach Maßgabe unserer beschränkten Mittel der Sache förderlich zu sein, und nichts unversucht zu lassen, auch etwaige anderweite Hindernisse hinweg zu räumen.

Euer Hochwohlgeboren bitten wir ehrerbietigst unsern Antrag wohlwollend und fördernd entgegenzunehmen, und uns auf denselben womöglich eingehend geneigtst bescheiden zu wollen.

Der Vorstand des Copernicus-Vereins für Wissenschaft und Kunst.

2) Bescheid des Directors D. Engel an den Vorstand des Copernicus-Verein in Berlin v. 16. Juni 1870.

Auf das gefällige Schreiben vom 11. d. Mts. erwiedert das statistische Bureau hiermit ergebenst, daß der Errichtung einer meteorologischen Station zu Thorn hinsichtlich der dazu erforderlichen Geldmittel nunmehr nichts im Wege steht. Demgemäß ist der Mechaniker J. G. Greiner jun. hieselbst mit der Ueberführung der zur Ausrüstung einer meteorologischen Station nothwendigen Instrumente beauftragt worden. Indem das unterzeichnete Bureau die in dem gefälligen Antrage von 11. d. geltend gemachten Ansichten bezüglich der Nothwendigkeit einer meteorologischen Station zu Thorn durchaus theilt, bedauert dasselbe zugleich, daß wegen der Unzulänglichkeit der disponiblen Fonds, von der Gründung dieser Station bis jetzt hat Abstand genommen werden müssen.

Königliches statistisches Bureau.
D. Engel.

fassung gezogen werden sollten, trat Mecklenburg hindernd in den Weg; entweder suchte es die Reformarbeiten aufzuheben, oder sie möglichst abzuschwächen, oder aber ganz zu vereiteln. Ein Rückblick auf das Verhalten Mecklenburgs im Bundesrathe wird die Wahrheit dieser Behauptung beweisen.

Gleich in der zweiten Sitzung, vom 4. Februar d. J., verlaute Mecklenburg den Wunsch, den Entwurf des Strafgesetzbuchs in der bevorstehenden Session noch nicht vorgelegt zu sehen, angeblich um der öffentlichen Meinung hinreichend Zeit zu lassen, sich vorher ein erschöpfendes Urtheil über den Entwurf zu bilden.

In der darauf folgenden Sitzung, vom 9. Februar, in welcher der Gesetzentwurf über den Unterstützungswohnsitz zur Beratung kam, erklärte Mecklenburg, dieses Gesetz enthalte eine Aenderung der Bundesverfassung, es müsse daher principaliter gegen den Entwurf stimmen.

Besonders lebhaft war die Opposition Mecklenburgs gegen die Herstellung eines Bundesamts in Betreff eventueller Streitigkeiten über die Verleihung des Unterstützungswohnsitzes, weil die Bildung einer Recursinstanz beim Bunde sich aus der Verfassung nicht begründen lasse und für alle Glieder des Bundes gleich bedenklich sein würde. Außerdem sollten nach dem Vorschlag Mecklenburgs wirtschaftlich unselbständige Personen gar keinen Unterstützungswohnsitz erwerben können.

In der 11. Sitzung, vom 14. März, erklärte sich Mecklenburg gegen den Gesetzentwurf, die Ausgabe von Banknoten betreffend, weil er das den Regierungen unzweifelhaft zustehende Recht nicht bloß auf den Bundesrath, sondern auch auf die Bundesgesetzgebung übertrage, also jedenfalls als eine zu weit gehende Beschränkung der Rechte der einzelnen Bundesstaaten zu betrachten sei.

In der Sitzung vom 20. Mai stimmte Mecklenburg gegen die Redefreiheit der Reichstagsabgeordneten als eine Kompetenzüberschreitung. Ganz unerhört fand es Mecklenburg, daß die im § 106 des Strafgesetzbuchs ausgesprochene Strafordrohung bezüglich der Widerseßlichkeit gegen die Obrigkeit auf den Fall beschränkt werde, daß die Aufforderung zum Ungehorsam sich gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen richte, denn dadurch müßte die öffentliche Sicherheit in bedenklicher Weise gestört werden.

In der 22. Sitzung, vom 25. Mai, erklärte Mecklenburg in Bezug auf den Gesetzentwurf wegen des Urheberrechts an Schriftwerken, daß die Ueberweisung der aus diesem Gesetz fließenden Rechtsstreitigkeiten, sowie der nach dessen Bestimmungen zu beurtheilenden Strafsachen an das Bundes-Oberhandelsgericht nicht nur für letzteres eine bei dessen Errichtung nicht vorgesehene Zuständigkeit begründe, sondern zugleich den höchsten Landesgerichten einen Theil ihrer Zuständigkeit anscheinend ohne nachweislichen Grund entziehe.

Wie kleinlich und selbstüchtig aber Mecklenburg allgemein deutsche Angelegenheiten auffaßt, wie es das spezifisch mecklenburgische Interesse stets dem nationalen voranstellt, geht aus der naiven Erklärung in Betreff der Gotthardbahn hervor, daß Mecklenburg sich nämlich für ein außerhalb der Bundesgrenzen liegendes Unternehmen, durch welches seine Interessen nicht direkt berührt werden, nicht interessieren könne.

Aus dem hier beigebrachten Material wird jeder Unbefangene hinreichend erkennen, daß nicht nur für die Liberalen in Mecklenburg, sondern auch für die gesammte Nationalpartei im Bunde die Verpflichtung besteht, auf die stricte Befolgung der Bundesgesetze zu achten, sowie dahin zu streben, daß durch die immer dringender gebotene Kompetenzerweiterung des Bundes die Mecklenburger diejenigen politischen Rechte erhalten, deren sich schon seit Jahrzehnten die übrigen Norddeutschen erfreuen, und der mecklenburgischen Regierung die Mittel entzogen werden, auf die nationale Entwicklung des Nordbundes hemmend einzuwirken.

— S. K. Hoh. der Kronprinz von Preußen traf am 1. d. Mts. in Breslau früh 6 Uhr 32 Minuten mit dem Courierzuge ein und begab sich sofort nach dem königlichen Schlosse. Am 7 Uhr 47 Minuten traf der Kaiser von Rußland mittelst Extrazug ein und wurde vom Kronprinzen und den Spitzen der Militärbehörden am Bahnhof empfangen. Der Kaiser trug die preussische Generalsuniform, der Kronprinz die Uniform seines russischen Husaren-Regiments. Nach dem Dejeuner auf dem Bahnhofe setzte der Kaiser um 8 Uhr 50 Minuten die Reise nach Warschau fort. Der Kaiser v. Rußland traf am 1. d. Abends in Warschau ein.

— Zum Etat. Wir hören, daß in dem Finanzministerium die Arbeiten behufs Feststellung des Gesamt-Etats für das Jahr 1871 ihren Anfang genommen haben. Wir wollen, um etwaigen irrigen Ansichten vorzubeugen dieser Mittheilung noch folgende Erläuterungen hinzufügen: Die Arbeiten behufs Feststellung der Special-Etats für die einzelnen Ressort-Ministerien, welche bisher stattgefunden haben, erstreckten sich auf das sogenannte Ordinarium, denjenigen Theil der Etats, welcher gewissermaßen die laufende Verwaltung umfaßt, und welcher mit nur geringen Abweichung in einem Jahre dieselben Zahlen aufweist, wie in dem anderen. Für diesen Theil haben jetzt im Laufe des verfloßenen Monats die Feststellungen in den einzelnen Ressorts stattgefunden und die Resultate derselben sind mit dem 1. d. Mts. an das Finanzministerium abgegeben worden, wo nunmehr die Zusammenstellung des Gesamt-Etats im Ordinarium erfolgt. Gegen Ende dieses Monats jedoch beginnen die Conferenzen in Betreff des Extraordinarium, d. h. der einmaligen

außerordentlichen Ausgaben deren Feststellung sich immer nach den disponiblen Mitteln richten muß und die daher in der Höhe der Beträge auch stets in verschiedenster Weise variiren. Diese Feststellung des Extraordinariums dürfte voraussichtlich die Zeit bis Ende August in Anspruch nehmen, und würde es dann erst möglich sein die definitive Feststellung des Gesamt-Etats so weit zu fördern, daß das Ministerium in die Schlußberatung über das Resultat derselben treten könnte. Erst wenn dies geschehen und das Gesamtministerium über die Gesamtaufstellung berathen und derselben die Genehmigung erteilt hat, dann erst wird in der Staatsdruckerei mit dem Druck des Etats der Anfang gemacht. — Wir wollen hierbei gleichzeitig bemerken, daß der Etat des Finanzministeriums in diesem Jahre zum ersten Male eine neue Position in seinem Extraordinarium aufreihen wird, wir meinen die Position, in welcher bestimmt wird, bis zu welcher Höhe, im Jahre 1871 die Tilgung der consolidirten Staatsschuld erfolgen soll, resp. in welcher die hierzu erforderliche Summe, für welche die zu tilgenden Schuldtheile angekauft werden sollen, in Ansatz gebracht wird. Da jedoch nach dem Consolidationsgesetz hierzu nur die disponiblen Mittel und die Ueberschüsse der Verwaltung verwandt werden sollen, so wird die Feststellung dieser Position als der Schluß der ganzen Etats-Arbeit betrachtet werden müssen.

— Nach der provisorischen Abrechnung betragen die Einnahmen des Zollvereins an Ein- und Ausgangszöllen im ersten Quartal d. J. 5,638,676 Thlr. während sie sich im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres auf 5,443,018 Thlr. beliefen, mithin ein Mehr von 195,658 Thlr. ergeben. Dieses Plus ist zwar an und für sich von keiner großen Bedeutung, es gewinnt aber doch an Wichtigkeit, wenn man berücksichtigt, daß fast während des ganzen ersten Quartals d. J. der Seeschiffsverkehrs, sowie die Schifffahrt auf den Flüssen und Strömen in Folge des lang andauernden Winters gehemmt gewesen ist. Diesem Umstande gegenüber läßt das nachgewiesene Mehr den Schluß zu, daß die Verkehrsverhältnisse im allgemeinen sich gebessert haben, nachdem das Vertrauen auf dauernd friedliche Zustände mehr und mehr an Boden gewonnen hat; es steht zu erwarten, daß die Einnahme-Resultate der nächstfolgenden Quartale mit Rücksicht hierauf sich ebenfalls günstiger als im Vorjahre gestalten werden. An Eingangszöllen (5,629,748 Thlr.) sind 192,191 Thlr. mehr als im Vorjahre auf gekommen, und hierbei fast sämtliche Vereinsstaaten theilhaftig gewesen. Hierbei ist namentlich die Mehreinfuhr folgender Artikel: Rohseisen, Materialeisen aller Art, Eisenwaaren, Maschinen, Branntwein, Butter, Gewürze, Kaffee, Salz, Rohtaback, Papier, Seidenwaaren, gemästete und magere Schweine, Wollengarn und Wollenwaaren von Einfluß gewesen, wogegen Winderverzollungen in größerem Umfange bei rohem ein- und zweidrätigen Baumwollengarn, Bier, Wein, frischen und getrockneten Südfrüchten, Heringen, Reis, Rohzucker und Del aller Art hervorgetreten sind. Der Ertrag des Ausgangszolles von 8928 Thlr. ist nur 3467 Thlr. höher als im Vorjahre gewesen; der Grund hierfür liegt in der durch das Steigen der Lumpenpreise herbeigeführten Mehrausfuhr dieses Artikels nach England und Nordamerika.

— Die zum 3. August erhoffte Amnestie wird, wenn überhaupt etwas daraus wird, jedenfalls nicht den gewünschten Umfang erreichen. Das Kieler Appellationsgericht ist beispielsweise vom Justizminister aufgefordert worden, mit Rücksicht auf jenen Tag 3 Strafgefangene namhaft zu machen, welche der Begnadigung würdig sind.

— Den 4. Juli. Das Armeearancement am 3. August wird in militairischen Kreisen als ein sehr umfassendes bezeichnet. Seit Juni v. J. hat man einer Befegung von vacanten höheren Stellen, sowie anderweitigen Veränderungen und Beförderungen in den General- und höheren Stabsofficierschargen, unter dem besonderen königlichen Vorbehalt für den gedachten Gedenktag, nicht stattgegeben.

— S. K. Hoh. der Kronprinz ist am 1. d. Mts. aus Breslau in Berlin, resp. Potsdam eingetroffen.

— Weitere Conflicte zwischen den streikenden Arbeitern und der Polizei in Hamburg (am 2. d.) sind nicht vorgekommen. Wiederholte Versuche, Versammlungen in Gimsbüttel abzuhalten, wurden sofort nach Erscheinen der Polizei aufgegeben. Eine kleine Anzahl streikender Arbeiter hat sich nach dem holsteinischen Orte Pinneberg begeben.

— Aichungswesen. Wie es heißt, werden von Oldenburg an den Bundesrath Vorschläge zur Ausdehnung des Aichungszwanges auf Flaschen und Schenkmaße gelangen. Dahin gerichtete Wünsche sind schon mehrfach an die Normalaichungscommission gerichtet.

— Am 3. August, bei der Errichtung des Standbildes weiland Sr. Maj. des Königs Friedrich Wilhelm III., wird auch die russische Armee durch eine Deputation des Regiments Friedrich Wilhelm III. vertreten sein.

— Prinz Friedrich Karl wurde am 1. d. M. als am zehnten Jahrestage der Uebernahme des General-Commandos des 3. Armee-Corps durch eine Deputation desselben im Jagdschlosse Glienicke unter Ueberreichung eines silbernen Tafel-Aufsatzes und einer Namensliste des Corps im Namen des letzteren beglückwünscht. Der älteste der anwesenden Officiere, General-Lieutenant v. Stülpnagel, Commandeur der 5. Division, wies auf die in den Raum von zehn Jahren zusammengedrängten großen Begebenheiten hin, an denen das brandenburgische Armee-Corps unter der Leitung Sr. K. H. und in zwei

siegreichen Kriegen unter dessen unmittelbarer und nächster Führung einen so bedeutenden Antheil genommen.

— Eisenbahnwesen. Die Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen gewähren für den Transport der Gegenstände, welche zu der vom 1. Sept. bis 30. d. in Neapel stattfindenden den internationalen maritimen Ausstellung gehen, insofern eine Vergünstigung, als für den vollen tarifmäßigen Satz für die Hinfahrt der Rücktransport an den Aussteller auf demselben Wege innerhalb 12 Wochen nach Schluß der Ausstellung kostenfrei erfolgt, wenn durch ein Attest der Ausstellungs-Kommission bescheinigt wird, daß die betreffenden Gegenstände auf der Ausstellung unverkauft geblieben sind.

Für die theilhabenden Gewerbetreibenden ist es von großer Wichtigkeit, schon jetzt zu erfahren, daß auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn vom 1. April 1871 ab sämtliche Tonnen-Tarife für niederschlesische Steinkohlen außer Kraft treten und die Verladung nur noch nach dem Gewichte erfolgt.

— Arbeiter-Strife in Hamburg. Die Polizeibehörde hatte den Inhabern öffentlicher Locale unterlagt, Arbeiterversammlungen abhalten zu lassen. Abends fand deshalb eine Versammlung von streikenden Arbeitern unter Zulauf einer bedeutenden Volksmenge auf dem Heiligengeistfelde statt. Die Polizei forderte sie zum Auseinandergehen auf, griff, da ihr Widerstand geleistet wurde, die Versammelten mit blanker Waffe an und trieb sie auseinander. Von beiden Seiten fielen Verwundungen vor. Abends 11 Uhr war die Ruhe vollständig wieder hergestellt. Circa 2000 Bürger haben der Regierung den streikenden Arbeitern gegenüber ihre Unterstützung als Specialconstabler angeboten. Die streikenden Arbeiter, welche sich von Hamburg heute nach Wandsbeck gezogen hatten, wurden von dort von Polizei und einigen Piquets Ulanen vertrieben.

Ausland.

Oesterreich. Die bevorstehende Reise des ersten und vornehmsten Repräsentanten der österreichischen Armee, des Erzherzogs Albrecht, nach Warschau wird nachhaltig viel besprochen und erläutert. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß seit mehreren Jahren, jedesmal wenn es den österreichischen Landesgrenzen sich nähernden Czaren zu begrüßen galt, stets nur ein höherer Militär mit dieser Complimentirungsmission beauftragt worden ist, erscheint die Sendung des Erzherzogs Albrecht als ein Moment von politischer Bedeutung. Sie ist in erster Linie als ein Symptom zu betrachten, daß man hier Grund zu haben glaubt, der starken Entfremdung, welche in Folge der Politik der letzten Decennien zwischen den Höfen von Petersburg und Wien eingerissen ist, einen Damm zu setzen. Ohne daß das Petersburger Cabinet zu irgend einer Kundgebung über die Gestaltung der österreichisch-galizischen Verhältnisse Anlaß genommen hätte, so fühlt man es hier doch theils instinctiv, theils in Folge der immer aufmerksamer werdenden Haltung der russischen Regierung, daß man in Petersburg über die Differenz der österreichischen Regierung gegen das Polenthum in Galizien sehr wenig erbaut sei. Wir hören denn auch, daß die politische Seite der Warschauer Begrüßungsmission des Erzherzogs Albrecht in der That sache gipfle, daß dieser Prinz den Auftrag habe, den Kaiser Alexander über die vermeintlich polnischen Velleitaten Oesterreichs vollständig zu beruhigen.

Italien. Aus Rom wird „der Corresp.“ Havas unterm 26. Juni geschrieben: „Zu der Umgebung des Papstes gehörende Personen erzählen, daß ihm gestern seitens der Königin von Spanien ein Telegramm zugegangen sei, in welchem Isabella den Papst von ihrer Abdankung zu Gunsten des Prinzen von Asturien in Kenntniß setzt und ihn als Vathe des jungen Infanten bittet, diesem, seiner Sache und dem unglücklichen Spanien seinen Segen zu ertheilen. Hinzugefügt wird, der Cardinal Antonelli habe auf Befehl Sr. Heiligkeit der Königin die Antwort ertheilt, daß der Papst sich beeilt habe seinen theuren Vathe in dem feierlichen Augenblicke zu segnen, wo der Entschluß, den seine Mutter eben gefaßt, ihn fähig mache den Spanischen Thron zu besteigen. Den in Rom weilenden spanischen Bischöfen scheint der Prinz von Asturien für die Aufrechthaltung des Concordats die beste Bürgschaft darzubieten. Die römische Curie theilt wahrscheinlich diese Ansicht; allein sie giebt sich den Anschein, als wäre sie den vollkommensten Gleichmuth. Der spanische Geschäftsträger Simenes wird im Vatican überaus höflich empfangen und pflegt häufig Unterredung mit dem Nuntius von Madrid, Mgr. Franchi, der sich stets in Rom aufhält. Die diplomatischen Beziehungen sollen erst dann wieder auf den alten Fuß (ein Gesandter in Rom, ein Nuntius in Madrid) gebracht werden, wenn den spanischen Königsthron ein neuer Herrscher innehaben wird. Einstweilen ist der Stellvertreter Mgr. Franchi's dessen Secretär, Mgr. Bianchi. Ungeachtet aller Schritte der Königin und ihrer Anhänger ist es wahrscheinlich, ja, beinahe gewiß, daß der Papst, was die Frage von der Person des Königs betrifft, von seiner Zurückhaltung nicht abgehen wird, es wäre denn, er müßte gegen den König und dessen Regierung das Concordat und das Privilegium der Geistlichkeit vertheidigen.“

China. Hongkong, 12. Mai. Die Rebellion der Muhamedaner im Westen Chinas greift weiter um sich, die Aufständischen befinden sich nach den neuesten Nachrichten noch zehn Tagemärsche von Kai-fung-foo, der

Hauptstadt der Provinz Huna entfernt. Es erscheint fast als zweifellos, daß der Aufstand einen Umfang genommen hat, der die Kräfte der kaiserlichen Regierung übersteigt, und es ist nicht möglich, daß die Dinge einen Lauf nehmen werden, welcher die europäischen Großmächte wieder einmal zur Discussion der Frage: Intervention oder Nichtintervention veranlassen könnte.

Provinzielles.

Danzig d. 1 Juli (D. Z.) Feuer im Selonke'schen Etablissement. Heute früh um 2 1/2 Uhr brach im Selonke'schen Etablissement auf Langarten Feuer aus, das beim Anrücken der Feuerwehr bereits so sehr um sich gegriffen hatte, daß der große Saal und der obere Theil in vollen Flammen stand. Wenn es auch einem energischen Angriff der Feuerwehr gelang, das Feuer im kleinen Saale abzuschneiden und zu unterdrücken, wodurch der linke Flügel des Gebäudes mit den Wohnräumen der Selonke'schen Familie erhalten blieb, so wurde doch das Hauptgebäude (der Königsaal) vollständig zerstört und vom kleinen Saale steht nur noch ein Theil der obern Umfassungsmauern. Vom Inventarium des Hauptgebäudes konnte gar nichts, von dem der übrigen Localitäten nur ein kleiner Theil und zwar zumeist in beschädigtem Zustande gerettet werden. Ueber die Entstehungsurache ist bis jetzt nichts Bestimmtes festgestellt; nach Beendigung der gestrigen Vorstellung waren noch Gäste bis nach 1 Uhr im Locale anwesend, kurz darauf waren auch die Localitäten im Innern von dem Personale geräumt; gegen 1 1/2 Uhr entstand Feuer, wie es heißt, im Garderoben-Zimmer, das sich hinter der Bühne des großen Saales befindet, und im Nu stand Alles in Flammen, bevor die in den Nebengebäuden im ersten Schlafe liegenden Bewohner etwas davon merkten. Die Sommerbühne, das Orchester und die Regalbahn sind unversehrt geblieben. Mehrere der engagierten Schauspieler und Sänger beklagen den Verlust eines großen Theils ihrer Garderobestücke und Musikalien; auch der Keitischen Kapelle sind eine Menge Musikalien verloren gegangen, die seit dem letzten Concerte im Locale lagen. Sämmtliche Gebäude sind bei der „Thuringia“ mit 40,000 Thlr. das Inventarium mit 15,000 Thlr. und die Wein- u. Vorräthe mit 6000 Thlr. bei der „Deutschen Versicherungsgesellschaft“ versichert. Von einer neuen Sendung von Wein, mit welcher die H. Selonke jun. und Hasselmann, die in den nächsten Tagen das Geschäft von Hrn. Selonke sen. zu übernehmen beabsichtigten, ihr Weinlager vergrößern wollten, ist die gestern abgeladene Hälfte verloren gegangen, die andere Hälfte lagert noch im Packhause; die ganze Sendung ist noch nicht versichert. Bis vor einem Jahre war Hr. Selonke bei der „North British and Mercantile“ versichert. — Hr. Branddirector Feuer eine gefährliche Verletzung zugezogen, die noch nicht gehoben ist, fuhr, als er die Nachricht von dem Umfange des Feuers erhielt, nach der Brandstelle. Hoffentlich wird die Anstrengung, der er sich unterzogen, keine nachtheiligen Folgen haben.

Verschiedenes.

Die historische Persönlichkeit des Mar Piccolomini. Von Freiherrn v. Weyhe-Gimf ist ein interessantes Büchlein erschienen: Die historische Persönlichkeit des Mar Piccolomini im Schiller'schen „Wallenstein“ und dessen Ende in der Schlacht bei Zankau am 6. März 1645. Das Material zu seiner Schrift hat der Verfasser aus dem Nachoder Archive gesammelt, und wenn auch die Ausbeute keine sonderlich reiche gewesen, so ist doch jedenfalls die Feststellung von Interesse, daß es allerdings einen kaiserlichen Obersten Mar Piccolomini gegeben, Joseph Silvio, genannt Mar, gegeben, und daß derselbe in einer Schlacht seinen Tod gefunden hat. Ferner befindet sich im großen Piccolomini-Saale des Schlosses Nachod ein Bildniß dieses Mar, das „große schwärmerische Augen“ zeigen soll. So weit die Ueber-einstimmung. Im Uebrigen war Joseph Silvio, genannt Mar, nicht der Sohn, sondern der Nefte Ottavio's, war zur Zeit von Wallensteins Sturz noch ein Kind und wurde in der Schlacht bei Zankau schwer verwundet, gelang von österreichischen Reitern befreit, wieder gefangen und nun von den Schweden ermordet. Der Herausgeber spricht von ihm stets als von einem Helden, unterläßt es aber, von dem Leben desselben irgend etwas mitzutheilen. Schiller soll Nachod besucht haben, als er Materialien für den „Wallenstein“ sammelte.

Locales.

Gemeinde-Verfassung der Ortschaft Schönsee. Nach dem Auszuge aus dem Landtags-Abchiede Sr. Maj. des Königs an die Stände des Königreichs Preußen (Landtags-Session 1868) v. 6. Juni 1870, welchen das hiesige Kreisbl. No. 53 v. 2. d. Mts. veröffentlicht, hatte sich der Landtag damals gutachtlich dahin ausgesprochen, daß der Marktflecken Schönsee (früher Nowalewo) wieder in die Reihe der Städte aufgenommen und ihm die Städteordnung verliehen werden möge. Bekanntlich ist dies nicht geschehen, sondern Schönsee hat nur eine neue Fleckenverfassung erhalten und zwar, wie der den jetzt verabschiedeten thatächlichen Verhältnisse den Flecken Schönsee nur zu einer kümmerlichen Existenz als Stadt erheben können, und weil eine große Anzahl angesehener Eingesehener lieber Flecken-

bewohner als städtische Bürger sein wollen. Der Entwicklung der örtlichen Verhältnisse von Schönsee soll es überlassen bleiben; ob später auf die Verleihung der Städteordnung Bedacht zu nehmen sein wird.

Eisenbahnwesen. Aus dem vorstehend erwähnten Auszuge theilen wir noch folgende Auslassung bezüglich der Eisenbahnen Schneidemühl-Dirschau und Thorn-Insterburg mit: „Die Petition vom 14. März 1868, in welcher die Bitte an Uns gerichtet worden von dem Verlangen der unentgeltlichen Hergabe des zu den Eisenbahnen von Schneidemühl nach Dirschau und von Thorn nach Insterburg erforderlichen Grund und Bodens Seitens der durchschnittenen Kreise Abstand zu nehmen, ist von Uns einer sorgfältigen und wohlwollenden Prüfung unterzogen. Zu Unserm Bedauern haben Wir aber den Wünschen Unserer getreuen Stände nicht entsprechen können.

Seit einer langen Reihe von Jahren ist von Unserer Regierung rücksichtlich derjenigen Eisenbahnen, welche durch den Staat selbst oder unter finanzieller Betheiligung desselben gebaut werden, an dem Grundsätze festgehalten worden, daß das Interesse, welches die von den Bahnen durchschnittenen Kreise an dem Zustandekommen derselben haben, von den Kreisen durch unentgeltliche Hergabe des zum Bahnbau erforderlichen Grund und Bodens wirksam betätigt werden müsse. Nur bei der Herstellung der kurzen Bahnstrecken von Limburg nach Hadamar, von Dies nach Hohnstätten und von Ruhbank nach Liebau ist in neuerer Zeit zu Gunsten der Anwohner aus besonderen Gründen von diesem Grundsätze abgewichen worden. Diese Ausnahmen können der Provinz Preußen indessen nicht zur Berufung gereichen.

Die Anlage der Bahn von Schneidemühl nach Dirschau und von Thorn nach Insterburg ist viele Jahre hindurch der lebhafteste Wunsch der Provinz gewesen. Alle Bemühungen, sie im Wege der Privat-Unternehmung auszuführen, haben sich als fruchtlos erwiesen; unsere Provinz hat gleichwohl nicht abgelaßen, den Bestrebungen ihre Gunst und Förderung zu Theil werden zu lassen; sie hat aber ausdrücklich erklärt, daß die unentgeltliche Hergabe des Baugrunds eine Bedingung für das Zustandekommen der Bahnen sei, von welcher nicht abgelassen werden könne.

Bei dieser Lage der Sache und noch ehe die erforderlichen Beschlüsse von sämmtlichen kreisständischen Versammlungen hatten gefaßt werden können, trat der über die Provinz verhängte Nothstand in seinem vollen Umfange zu Tage. Alle Stimmen der Provinz erklärten, daß die sofortige Herstellung der beiden Bahnen das einzige Mittel sei, nicht nur dem damaligen Nothstande wirksam abzuhelfen, sondern auch der Wiederkehr ähnlicher Zustände vorzubeugen, und daß die Anlage der Bahnen für Rechnung des Staates zur Rettung der Provinz aus einer Nothlage, in welcher sie zu verkommen Gefahr laufe, unerläßlich geboten sei. In den auf das Aeußerste beschleunigten Beratungen Unserer Regierung wurde der auf gewichtigen Gründen basirte Einwand, welcher von der Finanz-Verwaltung gegen den Bau der Bahnen für Rechnung des Staates erhoben wurde, zwar nicht widerlegt, aber im Interesse der Provinz bei Seite geschoben und beschlossen, beide Bahnen auf Staatskosten herzustellen, bei der gerade tagenden Landtag-Vertretung die Bewilligung der erforderlichen Mittel zu beantragen und den Bau mit thunlichster Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Der Beschluß wurde ausgeführt, der Kredit bewilligt und der Bau begonnen. Schon damals unterwarf unsere Regierung aus Anlaß von vielfach laut gewordenen Wünschen die Frage, ob den Kreisen das Opfer der unentgeltlichen Terrain-Hergabe erlassen werden könne, einer erneuten und wohlwollenden Erwägung. Sie gewann hierbei die Ueberzeugung, daß gerade in der Provinz Preußen — wo der Grund und Boden vielfach von geringerem Werthe ist, auch die Grundstücke der einzelnen Besitzer meistens einen beträchtlichen Umfang haben, wo also nach Abtretung der zu den Bahnen erforderlichen Streifen Landes den Besitzern in der Regel der bei Weitem größere Theil ihrer Besitzungen verbleibt, welcher erfahrungsmäßig in seinem Werthe zugleich mit der Anlage der Bahnen eine erhebliche Steigerung erfährt und hierin stetig und schnell in demselben Maße wächst, wie sich der Verkehr auf den Bahnen entwickelt — das Opfer der unentgeltlichen Terrainhergabe gegenüber der Provinz durch den Bau der Bahnen zugeführten großen Verbesserungen als ein verhältnißmäßig geringes erachtet werden könnte. Sie hatte keinen Zweifel, daß die Kreise dieses Opfer zu bringen im Stande seien, und erachtete wegen des damaligen Nothstandes nur für erwünscht, daß die Aufbringung baaren Geldes wenigstens für einige Zeit von den Kreisen nicht gefordert würde. Zu diesem Zwecke sind durch Anordnung Unserer Regierung den Kreisen die Mittel zur Bezahlung der Grunderwerbskosten aus dem Staatsbaufond als ein zinsloser Vorschuß bis zum Schlusse des Jahres 1869 gezahlt worden und auf weiteres Anrufen ist jedem Kreise, der es wünschte, nachgelassen worden, diese Vorschüsse erst nach Eröffnung des Bahnbetriebes und in 5 procentigen Kreis-Obligationen zu ihrem Nennwerthe zurückzahlen.

Wir können das dargelegte Verfahren Unserer Regierung, welches der Provinz Preußen jede zulässige Rücksicht hat zu Theil werden lassen, nur billigen und sehen Uns um so weniger in der Lage, die Preussischen Kreise nach dem Wunsche Unserer getreuen Stände von der unentgeltlichen Hergabe des Baugrunds zu entbinden, als hierin gegenüber von Kreisen Pommerns, Posen und der Rheinprovinz, welche zu den Eisenbahnen von Cöslin nach Danzig, von Posen nach Thorn und Bromberg und von Trier nach Call den Grund und Boden unentgeltlich erst neuerdings haben hergeben müssen, eine durch nichts zu rechtfertigende Bevorzugung der Provinz Preußen liegen würde.

Richtig ist zwar, was unsere getreuen Stände hervorheben, daß eine ungleiche Belastung der Kreise in beklagenswerther Weise eingetreten ist, daß die Kreise Insterburg, Rastenburg, Graudenz und Culm die unentgeltliche Terrain-Überweisung verweigert haben. Der unerwartete und bedauerliche Mangel

an Opferwilligkeit in diesen Kreisen kann aber für unsere Regierung nicht Grund sein, um auch gegenüber den anderen Kreisen von ihrer billigen und gerechten Forderung Abstand zu nehmen.

Die Bahnstrecke Thorn-Zablonowo ist bis zur Brücke von Zablonowo fahrbar, an der selbst, vor dem Bahnhofe, tüchtig gearbeitet wird, so daß ihre Fertigstellung zum Winter erwartet werden kann. Die Wärterhäuser auf der ganzen Strecke sind bereits lizitirt, dagegen fehlen noch alle Hochbauten (Bahnhofgebäude). Die Strecke Zablonowo-Bischofswerder wird jetzt in Angriff genommen und wird voraussichtlich zum Winter das Planum vollendet sein, so daß im nächsten Frühjahr Schwellen und Schienen gelegt werden können.

Die Kredit-Gesellschaft von Donimirski, Kalkstein und Lyskowski hat zum Geschäftslocal das Grundstück Altst. Weiße-Str. Nr. 68. angekauft.

Zur Gedächtnißfeier des Schlachtages von Königgrätz hatte am Sonntag (d. 3. d.) ein großes Militär-Konzert im Ziegeleigarten statt, welches trotz der unfreundlichen Witterung recht besucht war.

Einbruch. Zwei hiesige Bummler, die im Junterhofe wohnen, beschloßen sich einen guten Tag zu machen und zu diesem Zwecke eine Inspektion der Kellerräume des Herrn Kaufmann v. Olszewski in der Brückenstraße vorzunehmen. Sie wählten hierzu einen sonderbaren Weg. Sie hatten bemerkt, daß der Thorweg des Hintergebäudes nicht hart auf das Steinpflaster stößt, sondern eine zum Durchkriechen auf den Hof bequeme Oeffnung gewährt. Dieselbe benutzten sie in der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. Die beiden Strolche, gelangten so unbemerkt auf den Hof und in das Vordergebäude, wo sie in die Kellerräume hinauf stiegen. Nachdem sie mehrere Thüren erbrochen hatten, gelangten sie in die Keller des Besagten u. versorgten sich dann mit 12 Flaschen Champagner, 5 Flaschen Ungerwein, diversen Flaschen Rothwein, Russischen Sardinen, Käse u. dgl. Aber die Freude über die gelungene Annectirung sollte nicht lange währen. Die Nemesis erreichte sie schon am Morgen des Sonntags. Unsere Polizeibehörde, frühzeitig von dem Diebstahl avvertirt, entdeckte sofort die Thäter, nahm ihnen ihre Beute ab und brachte sie in Gewahrsam.

Polizei-Vericht. Vom 16. bis einschließlich 30. Juni c. sind 11 Diebstähle zur Feststellung, ferner: 9 Bettler, 11 Obdachlose, 27 Trunkene u. Ruhestörer, 13 liederliche Frauenzimmer zur Verhaftung gekommen. Als gefunden sind eingeliefert: 1 Bistock, 1 Art. 330 Fremde sind zur Anmeldung gekommen.

Preussische Fonds.

Berliner Cours am 2. Juli.

Freiwillige Anleihe 4 1/2 %	99 bez.
Staatsanleihe von 1859 5 %	102 1/2 bez.
„ „ consolidirte 4 1/2 %	93 3/4 bez.
„ „ 1854, 55, 57, 59, 64, 67, 68, Lit. B.	
„ „ Lit. C., Staats-Anl. 56, 4 1/2 %	93 5/8 bz.
„ „ 1850, 52, 53, 62, 68, 4 1/2 %	83 3/4 bez.
Staatschuldsscheine 3 1/2 %	80 1/2 bez.
Präm.-Anleihe von 1855 3 1/2 %	116 1/8 bez.
Danziger Stadt-Obligat 5 %	97 3/4 bz.
Pfandbriefe Ostpreussische 3 1/2 %	78 5/8 bz.
do. 4 %	84 1/2 G.
do. 4 1/2 %	90 7/8 B.
do. 5 %	95 3/4 bez. u. G.
Pommersche Pfandbriefe 3 1/2 %	73 3/4 bez.
do. 4 %	83 1/8 bez.
„ 4 1/2 %	91 1/2 bez.
Posen'sche neue 4 %	83 bez. u. G.
Pfandbr. Westpreussische 3 1/2 %	74 5/8 B.
„ 4 %	80 5/8 bez. u. G.
„ 4 1/2 %	85 5/8 bez.
Preussische Rentenbriefe 4 %	86 1/4 G.

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 2. Juli. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: trübe.
Mittags 12 Uhr 13° Wärme.
Bei sehr kleiner Zufuhr Preise unverändert.
Weizen, 123—24 Pfd. 65—66 Thlr., hochbunt 126/7 Pfd. 67—68 Thlr., 129/30 Pfd. 70 Thlr. pro 2125 Pfd.
Roggen, 43 bis 44 Thlr. pro 2000 Pfd.
Gerste, Brauerwaare bis 36 Thlr., Futterwaare 31—33 Rtl.
Hafer, 25—27 Thlr. pr. 1250 Pfd.
Erbisen, Futterwaare 43/44 Thlr., Kochwaare 44—46 Thlr.
Rübkuchen: beste Qualität gefragt 27 1/2 Thlr., polnische 27 1/4—27 1/2 Thlr., pr. 100 Pfd.
Spiritus pro 100 Ort. 80 1/2 15 1/2—15 3/4 Thlr.
Russische Banknoten: 77 1/2 oder 1 Rubel 25 Sgr. 10 Pf.
Danzig, den 2. Juli. Bahnpreise.
Weizen, träge, Preise gedrückt zu notiren, für abfallende Güter 115—26 Pfd. von 61—68 Thlr., bunt 124—26 Pfd. von 68—70 Thlr., für bessere und feine Qualität, 124—129 Pfd. zu 70—73 Thlr. p. Tonne von 2000 Pfd.
Roggen, guter inländischer zur Consumtion unverändert, 120—125 Pfd. von 46 1/2—50 1/2 Thlr.
Gerste, kleine und große 42—45 Thlr.
Erbisen, Futter- und Koch- von 44—47 Thlr.
Hafer, von 44—46 Thlr. bezahlt.
Spiritus, ohne Zufuhr.

Ämtliche Tagesnotizen

Den 3. Juli. Temperatur: Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 11 Strich. Wasserstand: — Fuß 7 Zoll.
Den 4. Juli. Temperatur: Wärme 10 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand: — Fuß 9 Zoll.

Beantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck